

Bundestagswahl 2025: AfW im Dialog mit der Politik – Positionen der CDU/CSU



Wirtschaft Politik

© Pixabay

Der AfW Bundesverband Finanzdienstleistung führt im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 Gespräche mit den Finanzexpertinnen und Finanzexperten potenzieller Regierungsparteien, um deren Positionen zu zentralen Themen der Finanz- und Versicherungsvermittlung zu erfragen. In diesem Rahmen haben sich die AfW-Vorstände Frank Rottenbacher und Norman Wirth mit Dr. Carsten Brodesser, Bundestagsabgeordneter und Finanzexperte der CDU, über die politischen Pläne seiner Partei im Bereich Altersvorsorge und Finanzvermittlung ausgetauscht. Im Fokus standen dabei zentrale Themen wie die Reform der Riester-Rente, die betriebliche Altersvorsorge sowie die Diskussion um ein mögliches Provisionsverbot im Rahmen der europäischen Retail Investment Strategy.

Ein Video dieses Gesprächs kann [hier](#) abgerufen werden.

Dr. Brodesser betonte, dass die CDU sich weiterhin zu den drei Säulen der Altersvorsorge – gesetzliche Rente, betriebliche und private Vorsorge – bekenne. Besonders wichtig sei die dringend notwendige Reform der Riester-Rente. Es sei in den letzten Legislaturperioden zu wenig erreicht worden, das müsse sich ändern, so Brodesser. Die CDU wolle deshalb auf dem bereits erarbeiteten Gesetzentwurf aufbauen und schnell eine praktikable Lösung umsetzen.

Auch im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge sieht die CDU Handlungsbedarf. Brodesser sprach sich für eine Öffnung des sogenannten Sozialpartnermodells aus, um Arbeitgebern mehr Flexibilität und Sicherheit zu bieten. Ziel sei es, die betriebliche Altersvorsorge für mehr Beschäftigte zugänglich zu machen und administrative Hürden abzubauen.

Ein weiteres zentrales Thema des Gesprächs war die Retail Investment Strategy der EU und die

damit verbundene Diskussion um ein Provisionsverbot. Dr. Brodesser bekräftigte die Position der CDU, dass gute Beratung auch eine angemessene Vergütung verdiene – unabhängig davon, ob sie auf Provisions- oder Honorarbasis erfolge. "Das Problem ist allerdings, wenn ich pauschal die Provisionsberatung verteufle und nur die Honorarberatung hochhalte, dann kommt es eben zu schwieriger Marktentwicklung. Das sehen wir ja auch in Märkten wie Großbritannien. Da gibt es ja einschlägige Berichte der Finanzaufsicht, dass Menschen, wenn sie erstmalig eine private Altersvorsorgeberatung in Anspruch nehmen und ein Eintrittsgeld von mehreren hundert Pfund bezahlen müssen, dann gerade die Menschen, die die Beratung am nötigsten hätten und den Abschluss einer privaten Altersvorsorge am dringendsten bräuchten, diese Beratung nicht in Anspruch nehmen, weil es eine prohibitiv hohe Hürde ist.", erklärte Brodesser. Der AfW begrüßt diese klare Haltung, da sich ein Provisionsverbot insbesondere für unabhängige Vermittlerinnen und Vermittler negativ auswirken könnte.

Auch die Aussage von Olaf Scholz, die ebenfalls im SPD-Wahlprogramm zu finden ist, dass die CDU die Renten kürze wolle, wurde angesprochen. Dr. Brodesser stellte klar: "Es gibt eine gesetzliche Rentengarantie. Also es ist schlichtweg nicht möglich, gesetzlich Renten zu kürzen. Punkt. Ende aus. Und jeder, der das Gegenteil behauptet, der gießt da Öl ins Feuer und man versucht uns irgendwie in die Ecke der Rentenkürzer zu stellen und genau das Gegenteil ist der Fall. Wir machen uns konstruktiv darüber Gedanken, wie wir die drei Säulen der Altersvorsorge stabilisieren können und Rentenkürzungen sind gesetzlich verboten."

AfW-Vorstand Frank Rottenbacher bewertet den offenen Austausch positiv: „Es ist wichtig, dass wir mit den politischen Entscheidungsträgern im Dialog bleiben. Gerade vor der Bundestagswahl 2025 müssen wir sicherstellen, dass die Interessen der unabhängigen Finanz- und Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler gehört werden. Die CDU bekennt sich klar zur privaten und betrieblichen Altersvorsorge und spricht sich gegen unnötige Eingriffe in die Vergütungsmodelle aus – das sind für unsere Mitglieder wichtige Signale.“

Pressekontakt:

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.
Telefon: 030 / 63 96 43 7 - 0
Fax: 030 / 63 96 43 7 - 29
E-Mail: office@afw-verband.de

Unternehmen

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.
Kurfürstendamm 37
10719 Berlin

Internet: www.bundesverband-finanzdienstleistung.de

Über AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V

Der Bundesverband Finanzdienstleistung AfW e.V. ist der Berufsverband unabhängiger Finanzberater:innen. Circa 40.000 Versicherungs-, Kapitalanlage- und

Immobilienfinanzierungsvermittler:innen werden durch seine ca. 2.100 Mitgliedsunternehmen repräsentiert. Er wurde 1992 gegründet.

Der AfW ist gefragter Gesprächspartner der Politik im gesamten Bereich der Finanzdienstleistung. Sein aktives Engagement ist Garant dafür, dass die Interessen der unabhängigen Finanzberater:innen in Politik, Wirtschaft und Presse wahrgenommen und berücksichtigt werden. Er ist als Interessenverband beim Deutschen Bundestag und beim Europäischen Parlament akkreditiert und engagiert sich in diversen Brancheninitiativen insbesondere auch zum Thema Nachhaltigkeit in der Finanz- und Versicherungswirtschaft.

Die Arbeit des AfW wird durch eine große Anzahl von Fördermitgliedsunternehmen unterstützt.